



Manfred Groh

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Wahlkreisbüro:
Karlsruher Str. 88
76139 Karlsruhe

Telefon: 0721 2551 995
Telefax: 0711 2551 997
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Landtagsbüro:
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063 985
Telefax: 0711 2063 14 985
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Karlsruhe, 12.06.2012

Pressemitteilung 09/2012

Manfred Groh (CDU): Die Verzögerungstaktik der Landesregierung beim Bau einer zweiten Rheinbrücke ist unverantwortlich

Die Verzögerungen rund um die Präsentation der Ergebnisse aus den Sitzungen der länderübergreifenden Arbeitsgruppe (Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz) zum Bau einer zweiten Rheinbrücke stößt bei Landtagsabgeordneten Manfred Groh auf Unverständnis. Aufgrund dieser Verzögerung und der derzeitigen Sanierungsarbeiten auf der Rheinbrücke hat der CDU-Landtagsabgeordnete erneut einen parlamentarischen Antrag (Landtagsdrucksache 15/1764) in den Landtag eingebracht. Dieser soll klären, warum sich die Auswertung des Faktenchecks immer wieder verschoben werden muss und welche technischen Verfahren für die langfristige Sanierung der Fahrbahnplatte angewandt werden sollen.

„Es zeigt sich, dass die Grünen mit ihrer Verzögerungstaktik fortfahren. Es ist bedauerlicherweise davon auszugehen, dass die bekannt gewordene Verzögerung zumindest mit einem gewissen Wohlwollen von Frau Staatssekretärin Dr. Splett zur Kenntnis genommen wird. Dieses Verhalten ist unverantwortlich. Gerade jetzt, da die Baustelle auf der Rheinbrücke tagtäglich zu erheblichen Problemen führt, muss die Landesregierung über ihren Schatten springen und sich endlich für den Neubau der zweiten Rheinbrücke stark machen. Leidtragende sind in erster Linie die Tausenden Pendler. Es ist sehr bedauerlich mit anzusehen, dass der Landesregierung aber genau diese Menschen egal zu sein scheinen. Darüber hinaus ist es sehr schade, dass Grün-Rot auch nicht am Wohl der Region interessiert zu sein scheint.“

„Der Faktencheck im November 2011 hat klar gezeigt, dass die Verkehrsexperten die geplante Brücke für notwendig halten. Stattdessen drückt die Landesregierung auf die

Bremse. Der eingebrachte Antrag soll unter anderem auch klären, wie die Landesregierung mit einem Ergebnis umzugehen plant, wenn sich die länderübergreifende Arbeitsgruppe positiv bzw. negativ für die zweite Rheinbrücke ausspricht. Nicht zuletzt soll das parlamentarische Verfahren auch beim Thema dauerhafte Sanierungsmöglichkeiten der Fahrbahnplatte versuchen Licht ins Dunkel zu bringen“, so Groh abschließend.

Erfreut zeigt sich Manfred Groh indes über den Umdenkprozess bei Teilen der Karlsruher SPD.